

Herrn Kreistagsvorsitzenden  
André Stolz  
Heimbacher Str. 7  
65302 Bad Schwalbach

14/24

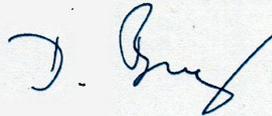
Taunusstein, 4. August 2024

8/9  
06/08/24

Sehr geehrter Herr Stolz,

die SPD-Kreistagsfraktion bittet um Berücksichtigung des nachfolgenden Antrags in der nächsten Sitzung des Rheingau-Taunus-Kreistages am 3. September 2024.

Herzlichen Dank und freundliche Grüße



Daniel Bauer  
Fraktionsvorsitzender

### **Bedarfsermittlung von Wohnraum für Auszubildende**

Die SPD-Fraktion beantragt

1. zu ermitteln, ob es einen Bedarf für preisgünstigen Wohnraum für Auszubildende gibt.
2. Wenn ja, wird der Kreisausschuss gebeten, mit im Kreis ansässigen Organisationen, insbesondere mit der Kolping-Familie, in Verbindung zu treten und auszuloten, wo es ggf. zu nutzenden Wohnraum (Wohngemeinschaften) gibt. Zum Beispiel, ob in leerstehenden kirchlichen Gebäuden der Kolping-Familie Wohnräume angemietet werden können und ob die Kolping-Familie die Betreuung übernimmt.
3. Im Falle von Punkt 2: Kann der Rheingau-Taunus-Kreis der Kolping-Familie Unterstützung anbieten, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen?

### **Begründung:**

In Zeiten des Arbeitskräftemangels ist es auch für die Kreisverwaltung angezeigt, neue Wege zu gehen. Mit dem in Punkt 2 genannten Modell (einem Zugehen auf die Kolping-Familie) könnten Auszubildende in der Nähe ihrer Ausbildungsstätten untergebracht und betreut werden. So könnten Auszubildende gewonnen werden, die in einer betreuten Einrichtung leben wollen und unter 18 Jahre sind. Und natürlich könnten auch Studentinnen und Studenten in diese Einrichtungen einziehen, wenn es der Bedarf zulässt.

Die Kolping-Familie hat es sich seit ihrem Bestehen zur Aufgabe gemacht, junge Menschen auch durch die Bereitstellung von Wohnraum in ihrer Ausbildung zu unterstützen. Somit hat sie aufgrund ihrer Geschichte bereits Erfahrungen mit Heimen für Auszubildenden. Zudem dürfte sich die Kolping-Familie als Zuwendungsempfängerin des Rheingau-Taunus-Kreises in der Pflicht sehen.

Die SPD-Fraktion sieht hier Möglichkeiten, da die Katholische Kirchenverwaltung aktuell darüber nachdenkt, wie kirchliche Gebäude im Bistum, für die es keinen kirchlichen Bedarf mehr gibt, anders genutzt werden können.